

Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland

Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung am 19.01.2024

77.LS2024-B14

Flüchtlingsschutz an den EU-Außengrenzen

1. Die Landessynode dankt für den 14. Bericht zum Flüchtlingsschutz an den EU-Außengrenzen. Die Landessynode sieht mit großer Sorge auf die gegenwärtigen flüchtlingspolitischen Debatten und hält die geplanten Verschärfungen des Asyl- und Bleiberechts in Europa und in Deutschland für nicht hinnehmbar. Die Landessynode stellt fest: Der Platz von Christ*innen ist und bleibt an der Seite der Schutzsuchenden.
2. Sie bekräftigt ihre bisherigen Beschlüsse zum Flüchtlingsschutz in Europa und in Deutschland und bittet die Kirchenleitung, sich weiterhin beharrlich für eine an humanitären und menschenrechtlichen Standards orientierte Flüchtlingspolitik in Europa und in Deutschland einzusetzen. Darüber hinaus sind alle kirchlichen Ebenen aufgerufen, dahingehend in der öffentlichen Debatte Stellung zu beziehen.
3. Die Landessynode verweist auf die vielfältige Unterstützung von Kirche und Diakonie bei der Aufnahme, Begleitung und Integration geflüchteter Menschen. Sie dankt allen in der Flüchtlingsarbeit Engagierten in Kirche, Diakonie und Zivilgesellschaft und ermutigt sie im Engagement nicht nachzulassen. Die Landessynode dankt allen Mitarbeitenden in Kommunen und Verwaltungen, die um eine menschenwürdige Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen bemüht sind, für ihren Einsatz. Die Landessynode stellt fest: Angesichts der aktuellen Herausforderungen können Aufnahme und Integration nur gemeinsam gelingen.
4. Das politisch übergeordnete Ziel die Zuzugszahlen von geflüchteten Menschen zu senken und zugleich ihre Rückführung zu intensivieren führt zu einer immer stärkeren Aushöhlung des Flüchtlingsschutzes in Europa und in Deutschland. Die Landessynode fordert Lösungen, bei denen menschen- und völkerrechtliche Gesichtspunkte gewahrt bleiben. Aktuell fordert die Landessynode insbesondere:
 - die sofortige Aussetzung der Abschiebungen von Eziden in den Irak und die Implementierung von Landesaufnahmeprogrammen für Eziden aus dem Irak,
 - Abschiebungen in den Iran wieder auszusetzen,
 - den grundgesetzlich garantierten Schutz von Ehe und Familie für alle Schutzberechtigten umzusetzen, Familienzusammenführungen und Geschwisternachzug umfassend zu gewähren.
5. Die Landessynode fordert, die Aufnahme von geflüchteten Menschen in Ländern und Kommunen stärker mit einem Bleibemanagement zu verknüpfen, um eine schnellere Integration zu ermöglichen. Integration vom ersten Tag sollte bereits bei der Aufnahme in Landesunterkünfte im Zentrum stehen (altersgerechte Lernangebote, Deutschkurse, Vorbereitung der Regelbeschulung, Feststellung beruflicher

Qualifikation, Arbeitserlaubnis). Die Verteilung in Kommunen sollte so schnell wie möglich erfolgen.

6. Die Landessynode fordert von allen staatlichen Akteur*innen die Entwicklung nachhaltiger Konzepte zu Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen.

(beschlossen)

Enthaltung 1